

KIM-Verordnung läuft aus: Leichterere Zugang zu Wohnkrediten in Sicht!

Die KIM-Verordnung endet 2025. Banken müssen strenge Kreditregeln einhalten, um Risiken im Immobilienmarkt zu minimieren.

Österreich - Die KIM-Verordnung, die seit ihrem Inkrafttreten am 1. August 2022 strenge Richtlinien für Wohnbaukredite festlegte, wird im Juni 2025 auslaufen. Dies gab das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) bekannt, das keine systemischen Risiken mehr sieht, die eine Verlängerung rechtfertigen würden. Die Regeln der Verordnung hatten zuvor eine maximale Kreditlaufzeit von 35 Jahren festgelegt, 20 Prozent Eigenkapital waren verpflichtend, und die monatliche Rückzahlungsrate durfte 40 Prozent des Nettoeinkommens nicht überschreiten. Das hatte zur Folge, dass die Kreditausfälle sanken und die Banken besser kapitalisiert waren, wie auch [wirtschaftswissen.at](https://www.wirtschaftswissen.at) berichtete.

Obwohl die KIM-Verordnung endet, müssen Kreditinstitute weiterhin etablierte Vergaberichtlinien einhalten, und die Österreichische Nationalbank (OeNB) sowie die Finanzmarktaufsicht (FMA) werden die Einhaltung dieser Vorschriften genau überwachen. Es ist geplant, zusätzliche Kapitalpuffer einzuführen, um das Kreditrisiko zu mindern. Experten rechnen damit, dass die Lockerung der Vorschriften den Zugang zu Wohnkrediten für private Haushalte erleichtert, während gleichzeitig die Banken aufgefordert sind, verantwortungsbewusst zu agieren und Stabilität zu wahren. In der Bau- und Immobilienbranche könnte dies eine neue Welle von Investitionen und Projekten auslösen, da die Nachfrage nach

Krediten wieder ansteigen könnte.

Folgewirkungen der Aufhebung der KIM-Verordnung

Die KIM-Verordnung spielte eine entscheidende Rolle in der Regulierung der Immobilienfinanzierung in Österreich, insbesondere in Zeiten hoher Immobilienpreise und niedriger Zinsen. Die strengen Vorgaben sollten eine Überverschuldung verhindern und die finanzielle Stabilität von Banken und Kreditnehmern sichern. Mit dem Auslaufen der Verordnung sind die Banken nun zu sorgfältigen Bonitätsprüfungen verpflichtet, um verantwortungsvolle Kreditvergaben sicherzustellen. Diese Regulierungssituation hatte zuvor dazu geführt, dass viele Käufer Schwierigkeiten hatten, geeignete Kredite zu erhalten, was die Zahl der Immobilienkäufe erheblich schmälerte, wie im Bericht von **5min.at** dargelegt wurde.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.5min.at• wirtschaftswissen.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at